

Betreuung junger Asylbewerber bringt Kantone in finanzielle Not

Weil den Kantonen für die Betreuung unbegleiteter minderjähriger Asylbewerber Mehrkosten entstehen, steht ein Bittgang zum Bund bevor.

Andreas Schmid

Wegen der steigenden Zahl an unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden (UMA), die in die Schweiz kommen, entstehen den Kantonen für deren Unterbringung und Betreuung hohe Kosten. Inzwischen leben hierzulande 5000 Kinder und Jugendliche,

die ohne Eltern eingereist sind, wie die jüngste Statistik des Bundesamts für Migration zeigt.

Weil die spezifischen Bedürfnisse der UMA berücksichtigt werden müssen, kommt es die Kantone teuer zu stehen, sie zu um-sorgen. Derzeit klärt die Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren ab, wie stark die finanzielle Belastung aufgrund des Zuwachses an minderjährigen Asylsuchenden zugenommen hat. Laut einer Sprecherin wollen die Kantone nach Auswertung der Erhebung mit dem Bund über zusätzliche

Finanzierungsmöglichkeiten diskutieren. Denkbar sei die Forderung nach einer höheren Kostenbeteiligung des Bundes über die Pauschalen, die er den Kantonen für Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden entrichtet. Diese Beiträge müssten demnach aufgestockt werden.

Zurzeit berücksichtigen die Kantone laut der Sozialdirektorenkonferenz die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen sehr unterschiedlich. Im Mai hatte die Konferenz Empfehlungen zur Harmonisierung verabschiedet.

Im ersten Halbjahr 2016 sind 791 UMA in die Schweiz gekommen. Damit hat der Zustrom im Vergleich mit 2015 etwas nachgelassen. Das ist auf die Schliessung der Balkanroute zurückzuführen. Minderjährige Asylsuchende stehen gegenwärtig noch stärker unter Beobachtung, nachdem am Montag ein 17-jähriger Flüchtling aus Afghanistan in einem deutschen Regionalzug Passagiere mit einer Axt verletzt hatte. Die Polizei erschoss ihn.

Junge Asylsuchende: Kantone in Not

NZZ am Sonntag, 24.7.2016

Sozialdirektoren wollen über mehr Bundesgeld für unbegleitete Jugendliche verhandeln

Minderjährige Asylsuchende, die allein in die Schweiz gekommen sind, stellen die Kantone vor Probleme. Für die Betreuung soll der Bund deshalb mehr bezahlen.

Andreas Schmid

Rund 5000 unbegleitete minderjährige Asylsuchende, sogenannte UMA, leben in der Schweiz. Über 80 Prozent sind männlich, viele von den Erlebnissen in der Heimat und auf der Flucht traumatisiert. Von den 5000 UMA sind 791 zwischen Anfang Januar und Ende Juni dieses Jahres eingereist, wie die Statistik des Staatssekretariats für Migration (SEM) ausweist. Im Vergleich mit 2015, als 2748 Minderjährige ohne Eltern kamen, scheint der Zustrom zwar nachgelassen zu haben. Gegenüber früher ist die Zahl aber immer noch hoch. Zudem liessen sich kaum Prognosen stellen, sagt SEM-Sprecherin Léa Wertheimer. Bei den UMA habe in den letzten Monaten vor allem die Zahl der Gesuchsteller aus Afghanistan abgenommen, weil die Balkanroute blockiert sei.

Die Afghanen bilden neben den Eritreern die weitaus grösste Gruppe der UMA in der Schweiz. Die unbegleiteten Asylsuchenden stehen noch stärker unter Beobachtung, seit ein 17-jähriger afghanischer Flüchtling am Montag in einem süddeutschen Regionalzug bei Würzburg mit einer Axt Passagiere verletzt hat. Das Attentat des Jugendlichen, der in einer Pflegefamilie untergebracht war, hat in Deutschland Diskussionen um die Betreuung der dort lebenden 50 000 UMA ausgelöst. Im Fokus der Debatte steht, ob die UMA besonders anfällig für eine Radikalisierung seien.

Aufwendige Betreuung

In der Schweiz, wo das SEM die unbegleiteten Jugendlichen den Kantonen zuweist, durchlaufen sie dasselbe Asylverfahren wie Erwachsene, das heisst, das SEM und der Nachrichtendienst des

Bundes - falls Risiken erkannt werden und bei Asylsuchenden aus bestimmten Staaten - klären eine mögliche Gefährdung ab.

Die für Unterbringung und Betreuung der UMA zuständigen Kantone weisen darauf hin, wie komplex die Anforderungen sind. Kinder werden meist in Pflegefamilien placiert, Jugendliche in auf ihre Bedürfnisse ausgerichteten Unterkünften und in Wohngruppen. Möglichst wird auch die Unterbringung bei Verwandten in der Schweiz angestrebt.

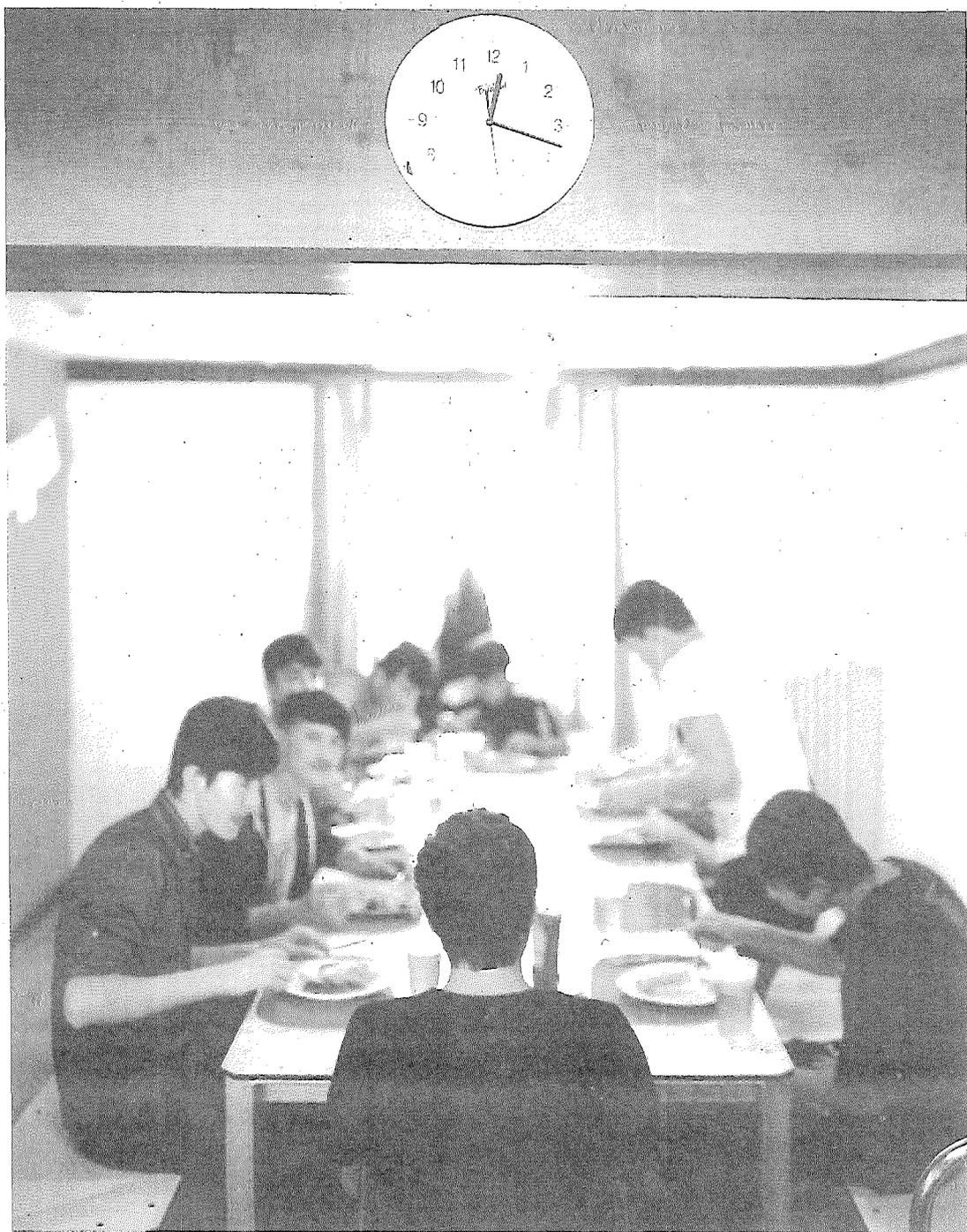
Hohe finanzielle Belastung

Die Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren (SODK) hat im Mai Empfehlungen zum Umgang mit den UMA verabschiedet. Die Kantone berücksichtigten die Bedürfnisse der unbegleiteten Minderjährigen derzeit sehr unterschiedlich, stellt Lorraine Mérillat von der SODK fest. «Die Empfehlungen streben eine Harmonisierung an.» Mérillat gibt aber zu bedenken, dass die spezifische Unterbringung und Betreuung kostenintensiv seien. Mit dem Anstieg der Gesuche von UMA seien die Kantone finanziell stark belastet worden. Deshalb würden derzeit die Auswirkungen analysiert, «um mit dem Bund anhand einer gesicherten Datenlage über zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten diskutieren zu können», führt Mérillat aus. Als Variante sieht sie eine höhere Kostenbeteiligung des Bundes über die Pauschalen, die er den Kantonen für Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden bezahlt.

Fiona Elze, Abteilungsleiterin Asylwesen im Kanton Schwyz, hält es für wesentlich, dass bei den UMA nicht gespart werde. Die Investition müsse auch politisch getragen werden, fordert Elze. «Diese jungen Menschen haben Anspruch auf besonderen Schutz und auf Förderung.» So könne man verhindern, dass ein Nährboden für Radikalisierung geschaffen werde. Indem der Kanton Schwyz die UMA in seinem neuen Zentrum in Immensee engmaschig und rund um die Uhr begleite, setze er auf Früherkennung und beuge Gefahren vor.

Auch der Kanton St. Gallen betreut die UMA laut Jürg Eberle, Leiter des Migrationsamts, «während 24 Stunden am Tag». Darin enthalten seien auch regelmässige Gespräche mit den Bezugspersonen im Zentrum. Deshalb gebe es keinen Anlass, nach dem Attentat in Deutschland weitere Vorkehrungen zu treffen.

Florentina Wohnlich, Leiterin des Thurgauer Sozialamts, sagt zur Radikalisierungsgefahr von UMA: «Die Betreuer sind nach dem Würzburger Fall sensibilisierter darauf und widmen dem Aspekt mehr Aufmerksamkeit.»



Jugendliche Asylsuchende verpflichten sich in einer Unterkunft in Davos. (1. April 2016)



Jürg Eberle, Kanton St. Gallen.